

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026 der BW-Universitäten

Antworten der Partei Die Linke Baden-Württemberg

Freie Wissenschaft, starke Demokratie

1. Wie werden Sie die Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Universitäten als unverzichtbare Orte der Demokratiebildung und des kritischen Denkens verlässlich schützen und stärken?

Die Freiheit der Wissenschaft ist für uns untrennbar mit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und einer auskömmlichen Finanzierung verbunden. Wir wollen, dass Hochschulen Orte des kritischen Denkens sind und nicht bloß verlängerte Werkbänke der Wirtschaft. Konkret setzen wir uns für eine Zivil- und Transparenzklausel in den Hochschulgesetzen ein. Forschung soll friedlichen Zwecken dienen und zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen wie dem Klimawandel oder sozialer Ungleichheit beitragen. Um die Freiheit der Wissenschaft auch vor ökonomischer Einflussnahme zu schützen, fordern wir die Offenlegung aller Verträge zwischen Hochschulen und privaten Unternehmen. Demokratiebildung stärken wir, indem wir demokratisch verfasste Studierendenschaften (Verfasste Studierendenschaft) politisch und finanziell absichern und repolitisieren.

2. Werden Sie die Autonomie der Wissenschaft durch ein neues, schlankes Hochschul-gesetz ausbauen, das bürokratische Fesseln löst und den Hochschulen echte Gestaltungsfreiheit in ihrer inneren Organisation gibt?

*Wir verstehen Autonomie vor allem als Unabhängigkeit von Drittmittelzwängen und Konzerninteressen. Echte Gestaltungsfreiheit erfordert eine solide Grundfinanzierung, die Wissenschaftler*innen vom ständigen Antragswesen entlastet und interessen geleitete Forschung ermöglicht. In der inneren Organisation wollen wir die Entscheidungsstrukturen in den Senaten der Universitäten demokratisieren und reformieren, damit alle Statusgruppen (Studierende, Mittelbau, Verwaltung, Professur) angemessen mitbestimmen können. Wir lehnen eine "unternehmerische Hochschule" ab und setzen uns stattdessen für soziale Sicherheit und demokratische Mitbestimmung ein.*

Hochschulstruktur, Transformation und Finanzierung

3. Angesichts demographischer Veränderungen, wirtschaftlicher Umbrüche und tiefgreifender ökologischer wie digitaler Wandelprozesse: Wie wollen Sie das Hochschul- und Wissenschaftssystem in Baden-Württemberg über 2030 hinaus strategisch und finanziell so aufstellen, dass es ein zentraler Treiber von Innovation und Wandel im Land bleibt?

Um Baden-Württemberg zukunftsfähig zu machen, brauchen wir eine Abkehr von der Mangelverwaltung. Wir fordern eine auskömmliche Grundfinanzierung, die den Trend zur Drittmittelfinanzierung umkehrt. Strategisch setzen wir auf:

1. *Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen und Dauerstellen für Daueraufgaben schaffen, um dem "Brain-Drain" entgegenzuwirken und Innovation durch Planungssicherheit zu fördern.*
2. *Sozial-ökologische Transformation: Forschung und Lehre sollen gezielt auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen (Klima, Frieden, Soziales) ausgerichtet werden*
3. *Kooperation statt Konkurrenz: Wir wollen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung vollständig aufheben und eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankern, um die Finanzierung langfristig zu sichern*

4. Wie positionieren Sie sich in diesem Zusammenhang zur Idee einer zehnten Landesuniversität, und welche Alternativen sehen Sie, um Qualität, Profilbildung und Kooperationen in der bestehenden Hochschullandschaft zu stärken?

Wir lehnen Prestigeprojekte ab, solange die bestehende Hochschullandschaft in der Breite unterfinanziert ist. Anstatt Mittel in eine neue zehnte Universität zu binden, wollen wir die bestehenden Hochschulen gut ausfinanzieren, auch jenseits von Exzellenzinitiativen. Qualität entsteht durch gute Betreuungsverhältnisse (z.B. maximal 30 Studierende pro Seminar) und den Abbau des Investitionsstaus an den existierenden Standorten.

Studium und Studienstandort

5. Was planen Sie, damit Baden-Württemberg ein attraktiver Studienstandort für einheimische wie internationale Studienbewerberinnen und -bewerber bleibt – insbesondere mit Blick auf eine moderne Lerninfrastruktur (zeitgemäße Lehr- und Lernräume, leistungsfähige digitale Infrastruktur) sowie ausreichend bezahlbaren studentischen Wohnraum in den Hochschulstädten?

Attraktivität bedeutet für uns Zugänglichkeit und soziale Absicherung:

1. *Wir fordern die sofortige Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende und für das Zweitstudium. Bildung darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen.*
2. *Wir setzen uns für eine deutlich bessere Finanzierung der Studierendenwerke ein, um günstigen Wohnraum und gesunde Mensen zu sichern. Bundesweit fordern wir ein Programm für 50.000 neue Wohnheimplätze.*
3. *Infrastruktur: Wir wollen einen Hochschul-Digitalpakt mit zusätzlichen Mitteln von Bund und Ländern, um die digitale Infrastruktur auszubauen. Zudem fordern wir barrierefreie Hochschulen.*
4. *Finanzierung des Studiums: Wir setzen uns für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG als Vollzuschuss ein*

6. Mit welchen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass Absolventinnen und Absolventen der baden-württembergischen Schulen über ausreichende Grundkenntnisse in den

Kernfächern, insbesondere in Mathematik und Deutsch, verfügen, um ihr Studium erfolgreich absolvieren zu können?

Der Studienerfolg wird bereits in der Schule gelegt. Die aktuelle "Bildungsmisere" muss durch massive Investitionen beendet werden:

- 1. Wir wollen die Gemeinschaftsschule stärken und selektive Verfahren beim Übergang zur weiterführenden Schule ablehnen, um herkunftsbedingte Bildungsbenachteiligung abzubauen.*
- 2. Wir müssen den Lehrkräftemangel beheben durch bessere Arbeitsbedingungen und eine attraktivere Ausbildung, um Unterrichtsausfall zu vermeiden und individuelle Förderung zu ermöglichen.*
- 3. Der Ausbau echter, kostenfreier Ganztagschulen ermöglicht bessere Förderung, auch in Kernfächern, und macht Hausaufgaben überflüssig.*
- 4. Lernmittelfreiheit (auch digital) und kostenloses Mittagessen entlasten Familien und sichern Teilhabe*

Hochschulbau, Bauherreneigenschaft und Innovation

7. Welche konkreten Schritte planen Sie, um den Sanierungsstau an den Hochschulen in Höhe von über 10 Mrd. Euro abzubauen, Planungs- und Bauprozesse zu entbürokratisieren, und werden Sie die Mietkosten für Ersatzflächen in Höhe von 18,6 Mio. Euro im Landeshaushalt so verankern, dass sie nicht zulasten der für Studium, Lehre und Wissenschaft vorgesehenen Mittel gehen?

Wir erkennen den massiven Investitionsstau an und wollen ihn beenden. Wir fordern ein umfassendes soziales und ökologisches Investitionspaket für das Land Baden-Württemberg, um die Infrastruktur – einschließlich der Hochschulen – zu sanieren. Auf Bundesebene fordern wir ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Bildungssanierung. Kosten für Ersatzflächen oder Sanierungen dürfen keinesfalls zulasten der Lehre und Forschung gehen. Wir setzen uns für eine auskömmliche Grundfinanzierung ein, die solche strukturellen Kosten abdeckt, ohne den akademischen Betrieb zu gefährden.

8. Sind Sie bereit, den Universitäten optional die Bauherreneigenschaft zu übertragen, und werden Sie sicherstellen, dass die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Personalkapazitäten direkt in den Projektmitteln enthalten sind?

Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass öffentliche Aufgaben auch durch die öffentliche Hand effizient erledigt werden. Wenn die Übertragung der Bauherreneigenschaft zu einer schnelleren und effizienteren Behebung des Sanierungsstaus führt, stehen wir dem offen gegenüber, solange Tariftreue und gute Arbeitsbedingungen bei der Vergabe gewährleistet sind. Wir fordern generell, dass neue Aufgaben (Konnexitätsprinzip) vollständig finanziert

werden müssen. Das bedeutet, dass wenn Hochschulen Bauaufgaben übernehmen, die dafür notwendigen Personal- und Verwaltungskosten zusätzlich bereitgestellt werden müssen und nicht aus dem bestehenden Budget für Forschung und Lehre abgezweigt werden dürfen.